



Verkehrsausschuß

19. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)*)

28. November 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.10 Uhr bis 14.50 Uhr

Vorsitz: Gerhard Wächter (CDU) (Stellvertreter)

Stenographin: Zinner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997) und Gesetz zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst im Justizvollzug**

1

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 12/1200, 12/1390, 12/1550, 12/1570

Vorlagen 12/787, 12/788, 12/790, 12/826, 12/834, 12/908, 12/915

- a) Einzelplan 15 - Bereich Verkehr
- b) Einzelplan 08 - Bereich Verkehr

Diskussion und Abstimmung über die Änderungsanträge und Einzelpläne.

Wortlaut der Änderungsanträge und Ergebnis der Abstimmungen siehe Vorlage 12/1030 bzw. Drucksache 12/1615 - Einzelplan 15 - und Vorlage 12/1017 bzw. Drucksache 12/1608 - Einzelplan 08.

Seite

- 2 **Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1997 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1997 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/1202
Vorlagen 12/800, 12/816, 12/918
Artikel I - Bereich Verkehr

Änderungsanträge werden nicht gestellt.

Ohne Diskussion wird dem Bereich Verkehr im GFG 1997 mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU zugestimmt (siehe auch Vorlage 12/1037 bzw. Drucksache 12/1617).

- 3 **Infrastruktur erhalten und ausbauen, Arbeitsplätze sichern und schaffen
Private Finanzierung öffentlicher Infrastrukturmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen für Investitionen und Arbeitsplätze nutzen!**

2

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/1187
Vorlagen 12/997, 12/998

Diskussion mit Minister Clement und LMR Ketteniß (MWMTV).

Der Minister sagt zu, dem Ausschuß in einer der nächsten Sitzungen über die Thematik zu berichten.

- 4 **Kfz-Prüfungen durch freie Sachverständige**

Auf Antrag des Peter Eichenseher (GRÜNE) (Anlage)

Peter Eichenseher (GRÜNE) zieht seinen Antrag zurück.

Seite

5 **Verschiedenes**

-

Der Ausschuß kommt überein, am 23. Januar 1997 eine ganztägige Sitzung auf dem Flughafen Düsseldorf durchzuführen.

Nächste Sitzung: 5. Dezember 1996

* * *

Aus der Diskussion

I **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997) und Gesetz zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst im Justizvollzug**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 12/1200, 12/1390, 12/1550, 12/1570

Vorlagen 12/787, 12/788, 12/790, 12/826, 12/834, 12/908, 12/915

- a) Einzelplan 15 - Bereich Verkehr
- b) Einzelplan 08 - Bereich Verkehr

Günter Langen (CDU) erklärt, seine Fraktion halte den vorliegenden Haushaltsplanentwurf für Makulatur und deshalb nicht für beratungs- und beschließungsfähig. Sie werde in der laufenden Sitzung zu keinem der Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen Stellung nehmen, sondern ihre Schwerpunkte im Plenum vortragen.

Heinz Hunger (SPD) erwidert, er habe Verständnis dafür, daß es der Opposition nicht passe, daß die Koalitionsfraktionen nach intensiven Beratungen einen Haushalt vorgelegt hätten, der für das gesamte Parlament zustimmungsfähig wäre.

Im Gegensatz zum Bund, wo nach seinen Informationen die Koalitionsfraktionen handschriftliche Anträge auf Ministeriumspapier noch eingereicht hätten, hätten die Koalitionsfraktionen in Nordrhein-Westfalen sehr seriös gearbeitet und sich an das ordnungsgemäße Verfahren gehalten.

Die SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß habe größten Wert darauf gelegt, daß die betroffenen Einzelpläne so viele Investitionen wie möglich enthielten; denn der Arbeitsplatzfaktor werde für das Land noch jahrelang von größter Bedeutung sein. Dies sei gelungen; er danke allen, die das bei den Verhandlungen erreicht hätten.

Auf den Einwurf des **Oliver Wittke (CDU)**, wann der Nachtragshaushalt vorgelegt werde, entgegnet **Heinz Hunger (SPD)**, seine Fraktion sei sich ihrer Verantwortung bewußt. Es sei aber etwas anderes, der Landesregierung und den Koalitionsfraktionen vorzuwerfen, sie hätten nicht ordnungsgemäß gehandelt, und in Bonn über die Abschaffung der Vermögensteuer zu debattieren. In Nordrhein-Westfalen habe man mit einer unseriösen Steuerschätzung des Bundes arbeiten müssen. Die Landesregierung werde den Nachtragshaushalt einbringen, wenn es erforderlich sei. Er hoffe, daß die Beiträge der Opposition dann über das hinausgingen, was sie heute biete.

Gisela Nacken (GRÜNE) äußert an Herrn Langen gewandt, ihr sei die Begründung dafür entgangen, weshalb seine Fraktion die Haushaltsberatung verschieben wolle. Sie sei jedoch nach einer Pressekonferenz Herrn Linssens den Zeitungen schon zu entnehmen gewesen.

Der Haushaltsplanentwurf basiere auf den Rahmendaten, die der Bund vorgegeben habe. Auf dieser Grundlage sei das, was heute zur Verabschiedung anstehe, solide. Sie konzediere, daß über dem Haushaltsplan das Damoklesschwert schwebe. Dieses sei aber nicht in Nordrhein-Westfalen geschmiedet, sondern hänge damit zusammen, daß die Entscheidung über die Kompensation bei einem Fortfall der Vermögensteuer erst im Dezember in Bonn getroffen werde. Dies sei der Grund, weshalb der Landtag Nordrhein-Westfalen im nächsten Jahr wohl über einen Nachtragshaushalt diskutieren müsse. Es wäre deshalb die CDU-Fraktion, die vor Scham im Boden versinken müßte.

Würde die Entscheidung über den Haushalt bis Januar verschoben, erhielten viele Einrichtungen und Projektträger zum 1. Januar keine Zuwendungsbescheide. Die Abgeordneten der CDU-Fraktion wären dann die ersten, die dafür "dieses Chaos in NRW" verantwortlich machten. So weit werde es nicht kommen, denn das Land werde am 1. Januar über einen verabschiedeten Haushalt verfügen.

Heinz Hunger (SPD) verweist hinsichtlich der Änderungsanträge der Oppositionsfraktionen auf die Begründungen in den Anträgen.

**3 Infrastruktur erhalten und ausbauen, Arbeitsplätze sichern und schaffen
Private Finanzierung öffentlicher Infrastrukturmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen für Investitionen und Arbeitsplätze nutzen!**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/1187
Vorlagen 12/997, 12/998

Vorsitzender Gerhard Wächter erinnert an die erstmalige Beratung über den Antrag in der Sitzung am 19. September 1996 und teilt mit, die mitberatenden Ausschüsse für Kommunalpolitik sowie für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie hätten bereits ihre Stellungnahme abgegeben, der Haushalts- und Finanzausschuß noch nicht.

Er teilt weiter mit, daß die CDU-Fraktion am 12. November 1996 einen Sachverständigen zu dem Thema private Finanzierung angehört habe.

Günter Langen (CDU) berichtet, seine Fraktion habe zu den Möglichkeiten nach dem Gesetz über den Bau und die Finanzierung von Bundesfernstraßen durch Private einen Sachverständigen angehört und sei zu dem Ergebnis gekommen, daß es Ansätze gebe.



Landtag Nordrhein-Westfalen

Peter Eichenseher MdL
Verkehrspolitischer Sprecher
Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Peter Eichenseher MdL Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Verkehrsausschusses
Herrn Manfred Hemmer

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel. (0211) 884 - 2603 / 2805
Fax (0211) 884 - 3517

Privatanschrift
Große Straße 14
33014 Bad Driburg
Tel. 05253 - 940720

5. November 1996

In Kopie an die
verkehrspolitischen Sprecher der CDU Fraktion
Herrn Günter Langen und der SPD Fraktion Herrn H. Hunger
im Hause

Abstimmung zum Top Kfz-Überwachung im Verkehrsausschuss vom 31.10.96

Sehr geehrter Herr Hemmer!

Hiermit beanstande ich die Abstimmung im Verkehrsausschuss vom 31.10.96 zum Top Kfz-Überwachung, weil der Antragstext vor der Abstimmung in der Sitzung weder schriftlich vorgelegt wurde noch verlesen wurde.

Ich habe, als Sie den Zettel mit dem Abstimmungstext hochhielten und die Frage stellten, wer diesem Text zustimme, deutlich und klar geäußert, daß ich den Text nicht kenne und nicht weiß, um welchen Antrag es sich handelt. Es gab von dem Antrag im Vorfeld drei verschiedene Fassungen. Sie haben nicht einmal darauf hingewiesen, um welche Fassung es sich handelte.

Sie ignorierten meine Wortmeldung und liessen abstimmen.

Dieses Verfahren ist unzulässig. Ich beantrage deshalb die Abstimmung in der nächsten Ausschusssitzung zu wiederholen.

Mit freundlichem Gruß

Peter Eichenseher